

Format de citation

Wolfes, Mathias: review of: Frauke Höntzsch (ed.), John Stuart Mill und der sozialliberale Staatsbegriff, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2011, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2011, 2, DOI: 10.15463/rec.1189741532, downloaded from Website



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Frauke Höntzsch (Hrsg.): John Stuart Mill und der sozialliberale Staatsbegriff

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2011 (Staatsdiskurse. Band 18), 219 S., ISBN 978-3-515-09923-3

Für diejenigen, die den Handlungsrahmen des Staates möglichst eng begrenzen wollen, ist John Stuart Mill kein guter Gewährsmann. Denn in die Traditionslinie des angelsächsischen Individualismus mit den Ideen vom schwachen Staat und starker persönlicher Freiheit läßt sich seine Konzeption nicht einzeichnen. Das jedenfalls ist die Perspektive, von der her die Autoren dieses Sammelbandes Mill exponieren. Er entwickle seine Staatstheorie gerade aus einem ausgeprägten sozialpolitischen Interesse heraus, und zwar unter Einschluß recht drastischer Eingriffsrechte, wenn es um die Korrektur gesellschaftlicher Spannungslagen geht. Mill steht für sie insofern eher in einer Linie mit anderen liberalen Intellektuellen des frühen und mittleren 19. Jahrhunderts, die den Staat instrumentell betrachten und ihm mit klarer zweckrationaler Argumentation seine Rolle als Garanten der Freiheit – als Voraussetzung des individuellen Glücks aller – zuweisen.

Frauke Höntzsch, die Herausgeberin des Bandes, eine junge Augsburger Politikwissenschaftlerin, hat schon in ihrer 2010 erschienenen Dissertation über die programmatische Schrift „On Liberty“ die gesellschaftliche Dimension von Mills Freiheitsverständnis herausgehoben. Er wird hier aus der Umklammerung einer Rezeptionsweise gelöst, die ihn einseitig und unzutreffend als Repräsentanten der utilitaristischen Moralphilosophie deute.

Die Beschäftigung mit Mill lohnt sich, auch wenn der Klassikerstatus ihm in Deutschland nur bedingt zuerteilt worden ist. Gerade die Art und Weise, wie er gesellschaftspolitische Themen diskutiert, zeigt einen undogmatischen und differenzierungsfähigen Geist. Auf diesen Umstand weist die Herausgeberin in ihrer Einleitung mit Recht hin, wie sie überhaupt seine Schriften als „Inspirationsquelle für aktuelle Debatten“ betrachtet. Die Verzerrung einer „libertären“ Lesart sieht sie darin, daß Mills staatstheoretische Ambitionen ausgeblendet werden. Denn zwar beruhe nach Mill das gute Zusammenleben vor allem auf dem Engagement des Einzelnen, doch dieses erfordere die staatliche Gewährleistung umfassender gesellschaftlicher Freiheit und „gleicher sozialer Ausgangsbedingungen“. Mills Korrekturen am Konzept des klassischen liberalen Minimalstaates mache seinen Staatsbegriff „auch für zeitgenössische Fragestellungen anschlussfähig“.

Die Aufsätze selbst legen die thematische Vielfalt von Mills politischem Denken offen. In einer ersten Gruppe von Beiträgen unter dem Titel „Freiheit und Glück“ erörtert Dirk Lüddecke das Spannungsverhältnis von Individuum und moderner Gesellschaft in Mills Wissenschafts- und Politiktheorie. Michael Schefczyk widmet sich der Frage, ob Mill überhaupt eine in sich stimmige Vorstellung von den Aufgaben und Grenzen staatlicher Macht entwickelt habe und in welchem Verhältnis seine Theorie vom Staat zu den Prämissen der utilitaristischen Konzeption steht. Eine Lösung des „John-Stuart-Mill-Problems“ sieht er in der Rückbindung des Freiheitsbegriffes an den der Gerechtigkeit. Eine verwandte Themenstellung verfolgt Christian Schwaabe mit der Frage nach Mills „teleologischem“ Liberalismus, das heißt der von ihm entwickelten Koordination von politischer Freiheit und „gutem Leben“.

Die zweite Aufsatzgruppe „Freiheit und Verantwortung“ wird von einem Beitrag der Herausgeberin eröffnet, in dem sie Mills Konzept „komplexer negativer Freiheit“ diskutiert. Peter Niesen schildert mit Mills Argumentation „für und wider“ das Pluralwahlrecht einen zentralen Aspekt seiner Parlamentarismustheorie. Fragen „externer Herrschaft“ widmen sich Oliver Eberl (Mills Haltung zum Kolonialismus) und Michael Haus, der Mill als Theoretiker der internationalen Beziehungen vorstellt und in diesem Zusammenhang das Problem militärischer Interventionen heraushebt. Mills Anschlußfähigkeit wird in diesem Aufsatz über einen Vergleich mit der Position Michael Walzers unter Beweis gestellt.

Das Thema „Freiheit und Gleichheit“ bildet den gemeinsamen Bezugspunkt der Aufsätze von Oliver Hidalgo über die Spannung zwischen beiden bei Mill und Tocqueville. Einen in der Mill-Literatur unverständlicherweise immer wieder mit leicht spöttischem Unterton traktierten Spezialaspekt der Mill'schen Theorie – seine „Grille“ – greift Ringo Narewski auf. Mills Ausführungen zur Emanzipationsproblematik erweisen sich für ihn bei näherer Betrachtung als höchst komplexe Analyse des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft sowie von Freiheit und Gemeinwohl. Die „Hörigkeit der Frau“ erscheint Mill als Paradigma der Unterdrückung schlechthin. Mit Mills „stagnationstheoretischen Überlegungen“ greift Karl Georg Zinn ein demgegenüber heute kaum mehr bekanntes Theorieelement auf („Wachstum um jeden Preis? Mills ‚Stationary State‘ heute und die Angst vor der vernünftigen Stagnation“). Dieser Beitrag lenkt den Blick auf Mills ökonomisches Hauptwerk, die über eintausend Seiten starken „Principles of Political Theorie with Some of Their Applications to Social Philosophy“, ein zuerst 1848 erschienenenes Monumentalbuch, das bis zu seinem Todesjahr 1873 sieben Auflagen sowie eine „Volksausgabe“ mit etlichen Nachdrucken erlebte und seinerzeit zur ökonomischen Standardlektüre in Großbritannien gehörte. In scharfen Worten bringt Zinn dabei Mill gegen jenen Neokonservatismus in Stellung, „der sich unter dem Etikett eines neuen Liberalismus gefällig machte“ und während der vergangenen Jahrzehnte „mit der ausufernden Privatisierungs- und Deregulierungspolitik den Finanzhaien freie Bahn geschaffen“ habe.

Berlin

Matthias Wolfes